

HEIMKINDER

Im Regen stehengelassen

Die Entschädigungszahlungen an ehemalige Heimkinder drohen entgegen bisherigen politischen Versprechen im Osten Deutschlands erschwert zu werden. Das geht aus einer internen Vorlage für eine Konferenz der Finanzminister der neuen Bundesländer mit dem Bundesfamilienministerium von Manuela Schwesig (SPD) hervor. Diese hatte zwar erst kürzlich betont, „die Betroffenen nicht im Regen stehen“ zu lassen, da sich die bisher gewährten 40 Millionen Euro als nicht ausreichend erwiesen haben. Doch in der gemeinsamen Beschlussvorlage der Jugend- und Finanzministerien sind neue Restriktionen vorgesehen. Die Betroffenen sollen etwa nur noch drei Monate Zeit haben, ihre Forderungen anzumelden, um ohne Nachweis pauschal 3000 Euro zu erhalten. „Angesichts der großen Zahl der Betroffenen werden aber nicht nur mehr Mittel benötigt, sondern auch mehr Berater, um denjenigen zu helfen, die in DDR-Kinderheimen Unrecht erlitten und bis heute schwer traumatisiert sind“, fordert der Ombudsmann deutscher Heimkinder, Peter Schrueth. Viele müssten bis zu eineinhalb Jahren auf ein Beratungsgespräch warten.



JOHANNES ARLT / LAIF

Bundeswehrosoldat mit Dolmetscher

AFGHANISTAN

Schleppende Ausreise

Nur knapp ein Zehntel der als gefährdet eingestuft afghanischen Helfer der Bundeswehr ist bisher nach Deutschland ausgereist. Eine Zusage für die Aufnahme erhielten laut Bundesinnenministerium 243 dieser sogenannten Ortskräfte. Nur 22 von ihnen sind tatsächlich in Deutschland. „Die Bundesregierung darf nicht zögern, sondern muss alles unternehmen, um die Betroffenen schnell nach Deutschland zu bringen“, sagte die Flüchtlingspolitische Sprecherin der Grünen, Luise Amtsberg. „Für sie zählt jeder Tag!“ Auf-

sehen erregte im November der Fall des ehemaligen Bundeswehr-Dolmetschers Dschawad Wafa, der in Kunduz ermordet aufgefunden wurde. Die Bundesregierung bleibt bei ihrer Darstellung, dass Wafa nicht aufgrund seiner Tätigkeit für die Deutschen getötet worden sei. Es handle sich „um eine kriminell motivierte oder auf das familiär-soziale Umfeld des Getöteten zurückzuführende Tat, die nicht durch regierungsfeindliche Kräfte verübt wurde“, heißt es in der Antwort auf eine Anfrage Amtsbergs. Die Grünen-Politikerin fordert die Bundesregierung auf, die Hintergründe des Mordes gemeinsam mit den afghanischen Behörden erneut zu prüfen. „Die afghanische Polizei geht von einer Tat der Taliban aus“, so Amtsberg.

BILDUNG

„Druck und Stress“



FRANK OSSENBRINK

Niedersachsens Ministerpräsident Stephan Weil, 55 (SPD), kritisiert die achtjährige Gymnasialzeit und stellt für sein Bundesland G9-Optionen in Aussicht.

SPIEGEL: Herr Weil, war es richtig, die Gymnasialzeit in den westdeutschen Bundesländern von neun auf acht Jahre zu verkürzen?

Weil: Ich habe daran von Anfang an erhebliche Zweifel gehabt. Diese Zweifel sind im Laufe der Zeit nicht weniger geworden. Viele betroffene Jugendliche klagen über viel zu wenig Zeit für ein Leben jenseits der Schule. Eltern weisen uns auf den Druck und den Stress hin, unter dem ihre Familien leiden. Und insbesondere gibt es interes-

santerweise auch Kritik aus der Wirtschaft, denn viele Betriebe hadern mit der manchmal unübersehbaren fehlenden Reife ganz junger Abiturienten.

SPIEGEL: Welche Auswirkungen hat das Turbo-Abitur im Schulalltag?

Weil: Nach den Berichten, die ich höre, kann man es mit einem Wort zusammenfassen: Stress. Das gilt für Schüler, Lehrer und Eltern offenbar gleichermaßen. Dieser Druck reicht übrigens weit über die Schulstunden hinaus, denn danach sind ja noch die Hausaufgaben zu machen. Dass die Kinder bisweilen längere Arbeitszeiten als ihre Eltern haben, empfinde ich als hochproblematisch.

SPIEGEL: Befürworten Sie eine Rückkehr zum neunjährigen Gymnasium in Niedersachsen?

Weil: Wir haben eine Expertenkommission gebeten, uns Vorschläge für eine Reform des G8 zu machen. Manches spricht für eine Rückkehr zur Neunjährigkeit, es gibt aber auch gewichtige Stimmen, die G8 mindestens als

Option aufrechterhalten möchten. Wir lassen gerade prüfen, ob beide Wege parallel angeboten werden können und ob es eine Möglichkeit gibt, den Alltag an unseren Gymnasien auf der Basis von G8 zu entschlacken.

SPIEGEL: Wie ließe sich der Stress für Schüler und Lehrer mindern?

Weil: Ein Beispiel: In Niedersachsen gibt es fünf Prüfungsfächer. In anderen Bundesländern nur vier. Dort scheint man das Abitur aber auch gut machen zu können.

SPIEGEL: Falls Niedersachsen künftig G9-Alternativen anbieten sollte: Fürchten Sie nicht, dass die Gesamtschulen dann durch verstärkten Zulauf an die Gymnasien ausbluten?

Weil: Das ist mir zu sehr um die Ecke gedacht. Für die Eltern und Schüler soll es ein gutes Schulangebot ihrer Wahl geben. Das gilt für Gymnasien und Gesamtschulen gleichermaßen. Ich lehne es ab, eine Schulform künstlich schlechter zu behandeln, um die andere zu fördern.